

Hans-Michael Ferdinand

# Transparenz – Die Form moralischer Ökonomie

Einführung in die Wirtschaftsethik



Springer Gabler

---

# Transparenz – Die Form moralischer Ökonomie

---

Hans-Michael Ferdinand

# Transparenz – Die Form moralischer Ökonomie

Einführung in die Wirtschaftsethik

Hans-Michael Ferdinand  
Hochschule Neu-Ulm  
Neu-Ulm, Deutschland

ISBN 978-3-662-60066-5      ISBN 978-3-662-60067-2 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-60067-2>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Gabler

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

---

## Vorwort

„Durch Senkung moralischer Standards lassen sich Wettbewerbsvorteile erzielen gegenüber demjenigen, der sich an strengere Standards hält.“ (Nell-Breuning 1975, S. 39) Was sich zunächst wie die Anerkennung ökonomischen Sachzwangdenkens oder wie der resignierte Kommentar auf heutigen Politiker- oder Ökonomen-Sprech anhört, entpuppt sich beim Weiterlesen als leidenschaftliche Aufforderung zur aufrechten Gegendemonstration: „Drängen alle Wettbewerber um die Wette an diese unterste Grenze heran, hält sie nicht stand, sondern gibt nach und *sinkt*: was gestern noch ehrenrührig war, ist heute schon ‚graue Zone‘, gilt morgen schon als unbedenklich und ist übermorgen vielleicht schon Übung des ehrbaren Kaufmanns bzw. des honorigen Politikers.“ (Nell-Breuning 1975, S. 39).

Der Nestor der katholischen Soziallehre Oswald von Nell-Breuning hat vor beinahe 50 Jahren mit Weitblick darauf aufmerksam gemacht, was Aufgabe der Wirtschaftsethik heute sein muss und warum sie zwingend in den Fächerkanon einer jeden wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung gehört – und wenn es irgend geht, an deren Anfang, wie es an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Neu-Ulm (HNU) der Fall ist: darauf aufmerksam zu machen, dass es für das Wirtschaften moralischer Standards bedarf; dass diese, wenn man nicht Acht gibt, nachgeben und sinken; und dass sie, wenn sie einmal gesunken sind, vielleicht nicht mehr gehoben werden können. Dass wir diesbezüglich in einer gefährdeten Zeit leben, dürfte informierten Zeitgenossen nicht eigens gesagt werden müssen.

Das ist der eine Ausgangspunkt dieses Buches, der sich auf meine Lehrtätigkeit der vergangenen Jahre an der HNU bezieht, die natürlich immer auch eine Reflexion auf die aktuelle politische und ökonomische Situation sein muss. – Die Reflexion auf eine gefährdete Zeit in den 1970er-Jahren bildet den zweiten Ausgangspunkt. Politik und Friedensbewegung stritten heftig um den rechten Weg zum Frieden: Sicherung der moralischen Werte des Westens oder politische Entspannungssignale durch einseitige Abrüstung? Die äußere Situation gab den Anlass für eine wissenschaftliche Untersuchung der kantischen Friedensschrift (Kant 2005n), deren wesentliche These die „Einhelligkeit von Moral und Politik“ als Kern einer modernen politischen Philosophie ist (Ferdinand 1987).

Aus den beiden Ansatzpunkten ergeben sich die Kernfragen dieses Buches: Lässt sich mithilfe des Leitfadens der politischen Philosophie Kants ein Netz flechten, mit dem die moralischen Standards des Wirtschaftens vor dem Nachgeben und Sinken bewahrt werden können? Was sind die Gründe für die heute an vielen Stellen zu beobachtende „Misshelligkeit“ von Moral und Ökonomie, auf die Wirtschaftsethik aufmerksam machen und ankämpfen muss? Und wie lässt sich eine „Einhelligkeit von Moral und Ökonomie“ denken, mit deren Hilfe auch Kriterien für moralisches Wirtschaften abgeleitet werden können?

Die Ausarbeitung der schon lange formulierten Fragen wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung lieber Menschen. An erster Stelle danke ich meinem Kollegen Prof. Dr. Jens U. Pätzmann – für die nachhaltige Ermunterung, die oft ausgetauschten Gedanken doch endlich aufzuschreiben, und für die vielen Sparringsgespräche, die immer anregend waren und weitergeführt haben. Die Hochschule Neu-Ulm hat mich im Sommersemester 2014 erstmals mit der Vorlesung „Wirtschaftsethik“ betraut, die ich seither für jedes Semester aufgrund von Anregungen und Diskussionen mit Studierenden, Bacheloranden und Masteranden überarbeitet habe. Vielen Dank an die Studierenden! Danken möchte ich auch dem Verlag Springer Gabler, namentlich Christine Sheppard und Janina Tschek für das entgegengebrachte Vertrauen und die professionelle Unterstützung. Und last but not least danke ich meiner Frau Elisabeth für den Verzicht auf gemeinsame Zeit, ohne den das Buch nicht möglich gewesen wäre.

Pfullingen, Juli 2019

Hans-Michael Ferdinand

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	1
1.1	Ökonomisches Handeln und Moral	2
1.2	Anständig wirtschaften – geht das?	3
1.3	Moralische Ökonomie	5
1.4	Gang der Untersuchung	8
	Literatur	9
<b>2</b>	<b>Ökonomik – Werkzeug zum guten Leben</b>	11
2.1	Die lebensdienliche Ökonomik des Aristoteles	13
2.1.1	Wirtschaften im Haus	13
2.1.2	Lebensdienliche Ökonomie (Aristoteles)	16
2.1.3	Gerechtigkeit durch Transparenz und Teilhabe	26
2.2	Ökonomie – eine Frage der Gerechtigkeit	27
2.2.1	Veränderte Rahmenbedingungen	27
2.2.2	Gerechtigkeit in der Ökonomie (Thomas von Aquin)	34
2.2.3	Tauschgerechtigkeit und Transparenz	41
2.3	Lebensdienlichkeit und heutige Wirtschaftsethik	42
	Literatur	47
<b>3</b>	<b>Kritik der ökonomischen Moral</b>	51
3.1	Systematisierung der Ökonomik	53
3.1.1	Aufbruch zur Neuzeit	53
3.1.2	Sympathie vor Eigennutz (Smith)	60
3.1.3	Ökonomik: Wissenschaft oder Kunstlehre? (Mill)	66
3.1.4	Der Streit über Methoden und Werte	71
3.1.5	Der „unsichtbare“ Markt	77
3.2	Ökonomik – Emanzipation von der Ethik	79
3.2.1	Das „größte Glück der größten Zahl“	79
3.2.2	Ökonomisierung von Lebensbereichen	85
3.2.3	„Wirtschaftsethik ohne Illusionen“ (Homann)	88
3.2.4	Die verborgene Normativität des Ökonomismus	93

---

3.3	Der Weg zur „marktkonformen Politik“	94
3.3.1	Industrialisierung und soziale Frage	94
3.3.2	Staatliche Ordnung der Wirtschaft	98
3.3.3	The Business of Business	104
3.3.4	Die manipulative Kraft des freien Marktes	111
3.4	Kritik des Ökonomismus	116
	Literatur	120
<b>4</b>	<b>Eine moralische Ökonomie</b>	<b>125</b>
4.1	Freiheit und ewiger Frieden (Kant)	127
4.1.1	Gut ist allein ein guter Wille	127
4.1.2	Der ewige Friede – Aufgabe der Politik	134
4.1.3	Eine kantische Wirtschaftsethik?	139
4.2	Die Idee einer gerechten Ökonomie	142
4.2.1	Gerechtigkeit durch Unterschiede (Rawls)	143
4.2.2	Entwicklung als Freiheit (Sen)	148
4.2.3	Schleier und Transparenz	155
4.3	Eine moralische Ökonomie	157
4.3.1	Digitalisierung und die Zukunft des Menschen	157
4.3.2	Ausgang aus der ökonomischen Unmündigkeit	163
4.3.3	Maßstäbe moralischer Ökonomie	167
4.3.4	Orte moralischer Ökonomie	174
	Literatur	181
<b>5</b>	<b>Transparenz – Form moralischer Ökonomie</b>	<b>187</b>
	Literatur	192
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>195</b>



---

## Über den Autor



**Prof. Dr. Hans-Michael Ferdinand** ist Professor für Marketing und Wirtschaftsethik an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Neu-Ulm. In seiner Promotion hat er sich – ausgehend von der kantischen Friedensschrift – mit dem Verhältnis von Moral und Politik auseinandergesetzt. Das vorliegende Buch enthält die Überlegungen zum Verhältnis von Moral und Ökonomie.



„Seid klug wie die Schlangen ... und ohne Falsch wie die Tauben“ (Kant 2005b, S. 229). Diesen Ratschlag gibt Immanuel Kant (1724–1804) Menschen, die einer politischen Tätigkeit nachgehen. Offensichtlich meint Kant, das politische Geschäft bedürfe einer doppelten Leitplanke: die erste fordert Klugheit ein, die für Kant die Fähigkeit darstellt, für politische Ziele die am besten geeigneten Mittel einzusetzen. Sie ist eine Eigenschaft, die unser Bild von Politikern prägt, ja als für deren Überleben unerlässlich angesehen wird. Überraschend an der Formulierung dieser Leitplanke ist also allenfalls die Ausdrücklichkeit der Empfehlung. – Mit der zweiten Leitplanke ist das anders: weil politische Skandale an der Tagesordnung sind, weil Täuschung, Hinterlist und Lüge politische Praxis sind, ist die Aufforderung, in der Politik moralische Maßstäbe gelten zu lassen, ebenso berechtigt wie notwendig.

Am Prototypen des moralischen Politikers zeigt Kant indes, dass das politische Geschäft zureichend nur beschrieben werden kann in der Verbindung von Klugheit und Moralität. Denn der moralische Politiker nimmt „die Prinzipien der Staatsklugheit so ..., dass sie mit der Moral zusammen bestehen können“ (Kant 2005b, S. 233; vgl. dazu Gerhardt 2012, S. 166–170). Er sieht als seine Kernaufgaben, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Volk ein gelingendes Leben ermöglichen. Das geht nicht ohne politische Macht („Seid klug wie die Schlangen ...“), verlangt aber in jedem einzelnen Fall die moralische Prüfung des Handelns („... und ohne Falsch wie die Tauben“). Und dieses sollte darauf angelegt sein, die politische Ordnung ständig zu verbessern.<sup>1</sup>

Solch politisches Handeln ist darum notwendig auf Öffentlichkeit angelegt. Es bezieht sich erstens auf einen rechtlich verfassten öffentlichen Handlungsraum, umfasst zweitens die Gesamtheit der tatsächlichen Meinungen der Bürger eines Handlungsraums und drit-

---

<sup>1</sup> Kant 2005b, S. 233: „Der moralische Politiker wird es sich zum Grundsatz machen: wenn einmal Gebrechen in der Staatsverfassung oder im Staatenverhältnis angetroffen werden, die man nicht hat verhüten können, so sei es Pflicht, vornehmlich für Staatsoberhäupter, darin bedacht zu sein, wie sie, sobald wie möglich, gebessert, und dem Naturrecht ... angemessen gemacht werden können.“

tens die Gesamtheit aller Menschen, die mit dem Begriff der Weltöffentlichkeit angesprochen werden kann (vgl. Gerhardt 2012, S. 36–37). Diese Öffentlichkeit sollte im Bewusstsein des Politikers präsent sein – als Rahmen für sein politisches Handeln. Am Gegenbeispiel des politischen Moralisten, der im politischen Handeln nur seine eigenen Interessen verfolgt, letztlich die Vergrößerung seiner Macht, zeigt Kant, dass Politik ohne Moral nicht möglich ist, weil die Öffentlichkeit den Widerspruch zwischen Gemeinwohlsorge und Eigennutz erkennen und verhindern würde.

---

## 1.1 Ökonomisches Handeln und Moral

Auch im Verhältnis von Ökonomie und Moral liegt eine Spannung vor, die eine ähnliche Mahnung nahelegt: Wie können ökonomische Effizienz und moralische Maßstäbe zusammengedacht werden? Wobei wohl auch für die Ökonomie die Diagnose zutrifft, die für die Politik gegeben wurde: Einer Aufforderung zur Effizienz bedarf es nicht, sie ist seit langem zu einem Kennzeichen des Ökonomischen geworden. Angesichts von Skandalen, Betrug, Korruption erscheint jedoch der Hinweis auf die Notwendigkeit einer verpflichtenden moralischen Orientierung mehr als notwendig.

Hat aber ein moralischer Ökonom überhaupt die Chance, seine Entscheidungen so zu treffen, dass „sie mit der Moral zusammen bestehen können“ (Kant 2005b, S. 233)? Oder sind wirtschaftende Akteure zwangsweise ökonomische Moralisten, die mit der Befolgung moralischer Prinzipien eine Minderung ihres Erfolgs befürchten (müssen) und deswegen ökonomisch entscheiden? Schließen sich Ökonomie und Moral aus?

### Entscheidungen zwischen Erfolg und Moral

Ein erstes Beispiel: Wie veränderte sich etwa der Umgang mit Transplantationsorganen, wenn deren Akquisition und Verteilung nach Marktgesichtspunkten erfolgen würde (vgl. Sandel 2013, S. 100)? Der Organempfänger wird zu einem Käufer in einem von Knappheit geprägten Markt, in dem der zahlungskräftigste Käufer das Organ erhält und nicht der, der es am dringendsten braucht. Der Organspender wird zum Lieferanten, der aus ganz anderen Antrieben sein Organ zur Verfügung stellt als heutige Spender. Womöglich würden einige Zeitgenossen die sich zweifellos einstellende Zunahme an verfügbaren Organspenden als einen Fortschritt auch in moralischer Hinsicht beurteilen, doch nicht wenige würden die Vorgehensweise wegen der Ausnutzung finanzieller Zwangssituationen von Organspendern und der Verteilung nach Kaufkraft bedenklich finden.

Ein anderes Beispiel: Nach einer Naturkatastrophe in Florida im August 2004 kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung über Preistreiberei bei Hilfsangeboten an die vom Hurrikan Charley Betroffenen (vgl. Sandel 2013, S. 9–11). Für Kühlpakete, Stromgeneratoren, Aufräumdienste und Motelübernachtungen verlangten die Anbieter ein Mehrfaches der sonst üblichen Preise. Den Vorwurf, gierig aus der Not anderer Menschen den eigenen Gewinn zu befördern, anstatt selbstlos Hilfe zu leisten, beantworteten sie mit dem Hinweis, dies sei die Art und Weise, wie in einer freien Gesellschaft Geschäfte gemacht würden.

Und schließlich: Die zunehmende Sensibilität der Öffentlichkeit in Sachen Nachhaltigkeit hat viele Unternehmen veranlasst, sogenannte Corporate Social Responsibility-Strategien (CSR) zu entwickeln, deren Umsetzung in jährlichen CSR-Reports zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Jüngste Skandale zeigen indes, dass Zweifel angebracht sind, ob die CSR-Strategien relevanten Einfluss auf das Handeln der Unternehmen haben oder bloße Public Relations-Maßnahmen darstellen („Greenwashing“). So macht etwa der Abgasskandal in der Automobilindustrie eine offensichtliche Diskrepanz zwischen Fakten und Veröffentlichung deutlich.<sup>2</sup> Die Wahrhaftigkeit von Angeboten steht auf dem Spiel, weil dem Kunden die Qualität einer Marke und die Ehrlichkeit der Kommunikation nur vorgegaukelt, aber nicht eingehalten wird.

Die Beispiele zeigen zweierlei: Offensichtlich gibt es – erstens – ökonomisch Handelnde, die bereit, willens oder gezwungen sind, ihren Effizienzüberlegungen auch dann zu folgen, wenn sie mit moralischen Bedenken erkaufte werden müssen: den Zuwachs an Organspenden mit einer ungerechten Beschaffung und Verteilung, die Befriedigung des Gewinnstrebens mit der Ausnutzung der Not anderer, den Erhalt von Verkaufszahlen mit dem Betrug am Kunden. In der transparenten Kommunikation einer aufmerksamen Presse und der moralischen Gegenwehr engagierter Menschen wird aber – zweitens – auch die Notwendigkeit einer Ethik des Wirtschaftens überdeutlich.

---

## 1.2 Anständig wirtschaften – geht das?

Kann und soll man aber von einem wirtschaftenden Akteur erwarten, dass er in jeder Situation bei ökonomischen Entscheidungen moralische Maßstäbe berücksichtigt? Auch dann, wenn er dabei seinen ökonomischen Erfolg aufs Spiel setzt? Anständig wirtschaften – geht das?

In der wirtschaftsethischen Debatte sind diese Fragen auf sogenannte Dilemmastrukturen (vgl. Homann 2014; Lütge 2014, 2012; Suchanek 2007; aber auch Ulrich 2008) zugespitzt worden. Damit sind Entscheidungssituationen gemeint, in denen verschiedene Handlungsoptionen bestehen, von denen jede Vorteile auf der einen Seite bringt, aber mit Nachteilen auf der anderen Seite verbunden ist: die Orientierung an moralischen Maßstäben

---

<sup>2</sup> Beispielsweise schreibt die Volkswagen AG in ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2014: „Nachhaltigkeit bedeutet für den Volkswagen Konzern, dass wir langfristig und verantwortungsvoll wirtschaften und nicht den schnellen Erfolg auf Kosten anderer suchen. Von unserem Wachstum sollen alle profitieren – unsere Kunden und Investoren, die Gesellschaft und natürlich nicht zuletzt unsere Mitarbeiter.“ (Volkswagen AG 2014) In einer Anzeige 2016 hat VW eingeräumt, durch die Manipulation der Abgaswerte das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit von CSR-Versprechen erschüttert zu haben: „Es gibt nichts Wichtigeres für eine Marke als Vertrauen. Vertrauen kann man nicht durch Schnelligkeit wiederherstellen. Sondern durch Gründlichkeit, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit. Durch all das, was Sie zu Recht von Volkswagen erwarten ... Wir wissen, dass es mit der reinen Umrüstung der Motoren nicht getan ist. Wir wollen Ihr Vertrauen zurückgewinnen. Und daran arbeiten wir rund um die Uhr. Gründlich, ehrlich, zuverlässig.“ (Volkswagen AG 2016).

mit ökonomischen Misserfolgen, der ökonomische Erfolg mit der Missachtung menschlicher Werte. Ein nicht unbedeutender Teil der aktuellen deutschen Wirtschaftsethik sieht wirtschaftliche Akteure unter dem Zwang zum ökonomischen Erfolg – auch auf Kosten der Moral.<sup>3</sup>

Aus der strengen Sicht Kants sind sie „ökonomische Moralisten“. Sie identifizieren den Wettbewerb als wesentliches Paradigma moderner Gesellschaften, der eine individuelle Moral überhaupt nicht zulasse (vgl. Homann 2014, S. 66). Denn die Verfolgung einer individuellen Moral würde von den Wettbewerbern gnadenlos ausgebeutet werden und führte zu ökonomischen Nachteilen. Der Einzelne könne also in einer Wettbewerbsgesellschaft gar nicht anders, als seinen Erfolg mit allen Mitteln zu suchen.

Eine Wettbewerbsgesellschaft bedarf indes formeller und informeller Regeln, um nicht in einem Krieg „aller gegen alle“ zu enden und „der Logik des reinen Wettbewerbs mit ihren desaströsen Folgen für die Moral ... Einhaltung zu gebieten“.<sup>4</sup> Solche Regeln sind jedoch für den Einzelnen nur zumutbar, wenn sie für alle Wettbewerber erzwingbar gelten. Wenn etwa die Politik mehr Umweltschutz will, muss sie die Regeln für alle Beteiligten ändern und ihre Einhaltung durchsetzen (vgl. Suchanek 2007). In der Sprache der Ökonomie formuliert: Wer moralische Prinzipien durchsetzen will, muss dafür ökonomische Anreize schaffen; oder umgekehrt: unmoralisches Verhalten kann nur dadurch unterbunden werden, dass Sanktionen drohen, durch die es unwirtschaftlich wird (vgl. Homann 2014, S. 64). Klar ist: Die Ökonomie ist in dieser Konzeption handlungsleitend; Moral bedarf zu ihrer Durchsetzung der Ökonomie.

Noch einen Schritt weiter geht Gary Becker, der Ökonomie-Nobelpreisträger von 1992. Er weist dem ökonomischen Prinzip die Rolle eines Erklärungsmonopols für menschliches Verhalten zu. Denn er sei zu der Erkenntnis gelangt, dass der ökonomische Ansatz auf alles menschliche Verhalten anwendbar ist, auch auf so emotionale Geschehnisse wie die Geburt eines Kindes: der Geburtenrückgang sei dadurch zu erklären, dass die Kosten für die Betreuung und Ausbildung von Kindern seit Jahren gewachsen sind – ganz analog zur Regel von der sinkenden Nachfrage bei steigenden Preisen (vgl. Becker 1993, S. 7–8).

Becker stützt seine These mit zentralen Aussagen des heutigen ökonomischen Mainstream-Denkens: der These vom homo oeconomicus (Mill), der seinen Nutzen mit aller Macht und effizienten Mitteln verfolgt (Becker 1993, S. 5) – und der These von der „unsichtbaren Hand“, die die unterschiedlichen Nutzenbestrebungen der einzelnen Individuen zu einem sinnvollen Ganzen ordnen, aus dem Egoismus der vielen den Wohlstand für alle bringen soll (Becker 1993, S. 5).

Gary Beckers Theorie gründet damit aber mindestens implizit auf einer Anthropologie, die den Menschen als Wesen vorstellt, das von eigennützigem Bedürfnissen gesteuert wird, und als einen, der in Märkten unterwegs ist, die sich ohne sein Zutun entwickeln, ihm gegenüber also mit Zwang. Dem halten Kritiker entgegen, dass dieses Bild der Realität

---

<sup>3</sup>Erneut sind hier Homann 2014; Lütge 2014, 2012 und Suchanek 2007 zu nennen.

<sup>4</sup>Homann 2014, S. 66. Homann bezieht sich in dieser Argumentation auf Th. Hobbes und seine Ausführungen zur Überwindung des Naturzustandes eines „Krieges aller gegen alle“.

nicht entspricht, weil Menschen mindestens gelegentlich aus rein durch Eigennutz gesteuertem Verhalten ausbrächen und nicht rein egoistisch handelten, sondern wenigstens gelegentlich das Wohl der anderen im Blick hätten; und weil es die Freiheit der Menschen desavouiere, die in den Revolutionen vor allem des 18. Jahrhunderts mühsam erkämpft wurde. Eine Wirtschaftsethik, die die individuelle Moral dem ökonomischen Sachzwang opfert, zeichnet somit ein verzerrtes Bild der Realität.

---

## 1.3 Moralische Ökonomie

„Moralische Ökonomen“ im Sinne Kants (vgl. z. B. Ulrich 2008; Abländer 2011; Sen 2010) stellen demgegenüber genau diese zwei Aspekte des Wohls aller und der Freiheit in den Vordergrund der Begründung ihrer Wirtschaftsethik.

### Gemeinwohl und Freiheit

Der eine Gedanke ordnet der Ökonomie die Aufgabe zu, den Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Hinter allen ökonomischen Bemühungen, effektiver und effizienter zu wirtschaften, stünden schon immer die Fragen, mit welchem Ziel gewirtschaftet und wie der Ertrag verwendet werden soll, also die Fragen nach dem Sinn des Wirtschaftens und der Gerechtigkeit der Verteilung der erwirtschafteten Güter. „Eine vernünftige gesellschaftliche Wirtschaftsweise orientiert sich – das scheint in der Natur der Sache zu liegen – sinnvollerweise an ihrer Lebensdienlichkeit.“ (Ulrich 2008, S. 11).

Dieser im Ursprung aristotelische Gedanke der Lebensdienlichkeit hat die Ökonomie von Anfang an begleitet und sie wie die Politik der Ethik untergeordnet. Politik und Ökonomie haben bei Aristoteles den Zweck (τέλος), den Menschen ein gelingendes Leben (εὖ ζῆν) zu ermöglichen, die Politik durch eine gute Regierung, gerechte Gesetze und den Beitrag zur Erziehung, die Ökonomie durch die Bereitstellung der für ein gutes Leben notwendigen Güter. Mit dieser Zuordnung hat Aristoteles der Ökonomie aber gleichzeitig deutliche Grenzen gesetzt: Ein „gesunder Reichtum“ ist notwendig als Basis für die Produktion und Beschaffung der Lebensmittel, er hat aber eben in dem, was notwendig ist, seine natürliche Grenze. Permanente Wachstumsexzesse, Handeln und Geschäfte um des Gewinns willen hingegen haben diesen Bezug zum Lebensdienlichen – und damit jede Grenze verloren. Aristoteles lehnt solches als widernatürlich ab (vgl. Aristoteles 2012, I 8, S. 16–20).

Im Mittelalter bleibt es bei der Ausrichtung der Ökonomie auf das Wohl der Menschen. Gleichwohl musste das Denken des Aristoteles nicht nur an die christliche Lehre „angepasst“ werden, sondern auch an die Geldwirtschaft. Thomas von Aquin addiert in der Tauschgerechtigkeit (iustitia commutativa) der Wirtschaftsethik insgesamt den wichtigen Gedanken der gegenseitigen Achtung von Geschäftspartnern als Voraussetzung für gute Geschäfte hinzu (vgl. Thomas von Aquin 1987, II-II, q. 57, S. 3–10). Ein gerechter Ausgleich bei Tauschgeschäften kann nur dann zustande kommen, wenn beide Tauschpartner eine übereinstimmende Sicht auf den Wert eines Gutes haben.

Mit der Reformation, den großen Revolutionen und der Aufklärung kommt ein zweiter Aspekt in den Blick, an dem keine heutige Ethik (und auch keine Wirtschaftsethik) vorbeikommt: Freiheit. Und darum muss sich eine heutige Wirtschaftsethik zwangsläufig mit dem wichtigsten Freiheitsphilosophen überhaupt auseinandersetzen: mit Immanuel Kant. Freiheit ist für ihn nicht negative Freiheit, daran nicht gehindert zu werden, zu tun, was man will; sie ist Selbstbestimmung aus eigener Vernunft. Das Kriterium für Moralität kann darum nicht in einem empirischen Nutzen liegen. Es kann nur die Vernünftigkeit selbst enthalten; der kategorische Imperativ als dieses Kriterium verlangt, nur solchen Handlungsregeln zu folgen, die als allgemeines Gesetz gelten könnten (Kant 2005a, S. 51). Auch wenn der kategorische Imperativ nur ein einziger sein kann, hat Kant ihn mit unterschiedlichen „Anwendungsbegriffen“ und an verschiedene Anwendungsbereiche angepasst; in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ etwa wird Öffentlichkeit („Publicität“) zum Kriterium für moralische Politik.

Amartya Sen hat in seiner programmatischen Schrift „Ökonomie für den Menschen“ die beiden Gedanken von „Lebensdienlichkeit“ und „Freiheit“ in einem überzeugenden Konzept einer globalen Wirtschaftsethik zusammengeführt. Es sei der „Versuch, Entwicklung als einen Prozess der Erweiterung realer Freiheiten zu begreifen, deren sich die Menschen erfreuen“ (Sen 2011, S. 50). Freiheit hat bei ihm einen doppelten Sinn: sie beschreibt zum einen die realen Lebenschancen, die Menschen haben. Sie umfassen das für das Leben Notwendige, wie Ernährung, Wohnung, Gesundheit ebenso wie das dem Leben Sinn gebende, wie Bildung, Kultur. Entwicklung heißt, diese Lebenschancen zu erweitern, die Freiheiten zu vergrößern. Dies kann nur in einem gesellschaftlichen Prozess geschehen, der wiederum Freiheit zur Voraussetzung hat, nämlich politische Teilhaberechte, Bildungsmöglichkeiten, eine gewisse ökonomische Absicherung – und übrigens auch Transparenz über politische und ökonomische Entscheidungen. Liegt diese nicht vor, ist eine sinnvolle Beteiligung an Entwicklung nicht möglich.

Aristoteles, Kant und Sen bringen Transparenz in die Rolle eines Kriteriums für moralische Ökonomie. Für Aristoteles hat die Begrenztheit des ökonomischen Handelns eine hohe Bedeutung; Unbegrenztes ist von Übel und widernatürlich. Er plädiert für die Überschaubarkeit eines Herrschaftsbereiches: ein landwirtschaftliches Gut – und genau so ein Staat – soll groß genug sein, dass es alle ernähren kann; es soll aber nicht zu groß sein, damit es gut verwaltet werden kann (Aristoteles 2012, VII 4, S. 265). – Für die Politik fordert Kant, nur solche Maßnahmen umzusetzen, die in einer politischen Öffentlichkeit (nicht in einer populistischen – Vernunft ist das Kriterium!) nicht auf Widerstand stoßen (Kant 2005b, S. 245). Analog dazu könnte für die Ökonomie ein Transparenzkriterium formuliert werden, das Geschäfte daraufhin zu untersuchen verlangt, ob sie zustande kämen, wenn alle Beteiligten über alle relevanten Informationen verfügen würden. – Schließlich ist für Sen Transparenz eng verknüpft mit dem Vertrauen, ohne das Gesellschaften nicht funktionieren. Sie ist das Instrument, um Vertrauen ökonomisch „umzusetzen“, nämlich in der „Gewähr ..., dass Offenheit und Durchsichtigkeit herrschen“ (Sen 2011, S. 54).



### **Transparenz – Form moralischer Ökonomie**

Transparenz ist die Form moralischer Ökonomie – das ist die These dieses Buches. Sie erweist sich im Durchgang durch die Geschichte ethischen Nachdenkens über Ökonomie als ein immer wieder aufgerufener Topos. Und sie kann auch systematisch als ein Kriterium für die Moralität ökonomischen Handelns begründet werden.

Der Begriff der Transparenz hat dabei im ersten Zugriff wenigstens zwei Deutungsdimensionen. Zunächst beschreibt der Begriff einen Mechanismus, der zum Markt gehört und Anstrengungen verschiedener Marktteilnehmer meint, betriebliche Vorgänge transparent darzustellen, beispielsweise die Entwicklung von Corporate Governance- oder Corporate Social Responsibility-Strategien von Unternehmen, die Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten, die Schaffung von Einblicken in die Herstellung durch eine gläserne Produktion, die schriftliche Protokollierung von Beratungsgesprächen bei Dienstleistungsunternehmen (Banken!) und vieles mehr. Dazu gehören aber auch die Versuche von (Rechts- und Verwaltungs-)Behörden, das Verhalten von Unternehmen zu untersuchen und im Falle von Verstößen gegen Sitte und Recht einzuschreiten, sowie die akribische Recherche von Journalisten und Presseorganen, unternehmerisches Fehlverhalten aufzudecken und zur Veröffentlichung zu bringen.

Transparenz kann zweitens auch Träger eines ethischen Anspruchs sein. Warum werden diese Transparenzinstrumente angewendet? Doch weil allein Transparenz beweisen kann, dass ein Unternehmen es mit einem Versprechen, z. B. einem ethischen Markenversprechen ernst meint. Weil es durch Transparenz im ökonomischen Handeln möglich ist, Vertrauen von Menschen aufzubauen, zu erhalten, zu stärken, wieder zu gewinnen. Und weil man mithilfe von Transparenz auf einen normativen Minimalkonsens in der Gesellschaft „zurückgreifen“ und ihn am Leben erhalten kann („Empörung“ hat einen moralischen Kern). Es geht also „im Kern dieser Fragestellungen nicht um Transparenz als Selbstzweck, sondern darum, ob Transparenz ein probates Mittel ist, um Vertrauenskapital aufzubauen und darüber eine gewünschte Reputation für eine Marke oder ein Unternehmen zu erreichen“ (Klenk 2009, S. 17). Dass Individuen und Unternehmen Transparenz „nutzen“, um bestimmte Zwecke zu erzielen, tut dem ethischen Anspruch zunächst keinen Abbruch.

Gleichwohl darf Transparenz als Träger eines ethischen Anspruchs nicht zur ökonomischen Disposition stehen. Sie darf nicht zu einem Instrument verkommen, das eingesetzt wird, wenn es den ökonomischen Zielen dient, in anderen Fällen aber nicht. Wenn Transparenz als moralische Kategorie verstanden werden soll, hat sie einen unbedingten Anspruch und kann dem zufolge als Kriterium für ethisches Handeln verwendet werden. Das heißt nicht, dass jede ökonomische Handlungsabsicht transparent gemacht werden müsste, um als moralisch durchzugehen. Aber die vorherige Überlegung, welche Konsequenzen die Veröffentlichung einer Handlungsabsicht hätte, könnte die schlimmsten moralischen Verfehlungen verhindern.

Wenn diese Transparenzregel nicht befolgt wird (und das ist leider häufig der Fall), müssen die nachfolgenden „Enthüllungen“ die Unmoral ans Licht bringen – auch mit ihren ökonomischen Konsequenzen (und das geschieht ja – Gott sei Dank! – auch, wenn auch nicht in jedem Fall).



## 1.4 Gang der Untersuchung

In sieben Schritten wird die These begründet, dass Transparenz die Form moralischer Ökonomie ist. Das geschieht in einem historischen wie systematischen Durchgang ökonomisch-moralischer Positionen.

Den Aufschlag macht zunächst die Ausgangsposition einer lebensdienlichen Ökonomie, wie sie in der Antike und im Mittelalter vertreten und begründet wurde. Bezogen auf die Ökonomie plädiert Aristoteles für die Ablehnung eines beständigen Wachstumsstrebens (Anti-Chrematistik). Thomas von Aquin ergänzt den Gedanken des wechselseitigen Ausgleichs, der nur unter den Bedingungen der Transparenz zustande kommen kann (Kap. 2).

Sodann wird die Frage thematisiert, wie es dazu kommen konnte, dass die Ökonomie sich aus dem Zusammenhang der Lebensdienlichkeit und damit aus dem Zusammenhang der Ethik emanzipieren konnte. Zunächst steht dabei die Entwicklung der Ökonomie als mathematisch-naturwissenschaftlicher Wissenschaft im Vordergrund. Die Modellannahmen der unsichtbaren Hand und des homo oeconomicus führen zu einem mechanischen Funktionsverständnis des Ökonomischen, aus dem heraus handlungsleitende Werte nicht abgeleitet werden können. Die These von der Werturteilsfreiheit der Ökonomie (Max Weber) ist konsequent (Abschn. 3.1).

Ethische „Begleiterscheinungen“ haben diese Entwicklung durchaus befördert. Der Utilitarismus wird als eine „Theriefamilie“ (Höffe) vorgestellt, die am Ende durch die Behauptung quantifizierbaren Nutzens einer mathematisch orientierten Ökonomik Vorschub geleistet hat. Die Nutzenorientierung hat um sich gegriffen und zu einer immer stärkeren Ökonomisierung des menschlichen Lebens geführt, die in Gary Beckers These von der Ökonomie als Ersatzethik und der ökonomischen Moral von Karl Homann ihr Ende findet (Abschn. 3.2).

In diesem Zusammenhang ist dann auch das Verhältnis von Politik und Ökonomie zu thematisieren. Nicht wenige Kommentatoren kritisieren die Unterwerfung der Politik unter den Primat der Wirtschaft – mit der Gefahr einer schleichenden Entdemokratisierung. Und viele von ihnen sehen diese Entwicklung nicht als Folge eines „Terrors der Ökonomie“, sondern als Kennzeichen des politischen Projekts des konservativ-neoliberalen Lagers, eine „marktkonforme Politik“ zu etablieren (vgl. Rawls 2016; Streeck 2016; Glunk 2017) (Abschn. 3.3).

Nach einer Kritik des Ökonomismus wird die Begründung einer „neuen“ moralischen Ökonomie in Angriff genommen. Gewichtiger Ausgangspunkt ist die Freiheitsphilosophie Immanuel Kants, seine Lehre vom kategorischen Imperativ und seinen Versuchen, das praktische Vernunftgesetz als tragenden Grund der Freiheit in verschiedenen Formulierungen zur Sprache zu bringen, exemplarisch im Begriff der Öffentlichkeit für eine moralische Politik (Abschn. 4.1).

Er findet eine gewisse Fortsetzung im Denken von John Rawls und seiner Theorie der sozialen Gerechtigkeit – und seinen Abschluss in der Ökonomie für den Menschen von Amartya Sen, der das Freiheitsdenken der Neuzeit mit dem Gedanken einer lebensdienlichen Ökonomie verbindet und die Transparenz als eine wesentliche Freiheitsforderung begründet (Abschn. 4.2).

Abschließend werden – ausgehend von den Herausforderungen der Digitalisierung – die Kerngedanken einer moralischen Ökonomie und die Bedeutung des Transparenzgedankens zusammengefasst und auf die verschiedenen Orte der Wirtschaftsethik angewendet: die Ebene des individuellen Handelns (Individualethik), die Ebene der Unternehmen (Unternehmensethik) und die Ebene der grundlegenden Wirtschaftsordnung (globale Ordnungsethik) (Abschn. 4.3).

---

## Literatur

- Aristoteles (2012) Politik. Hg. v. Eckart Schütrumpf. Meiner, Hamburg
- ABländer MS (2011) Grundlagen der Wirtschafts- und Unternehmensethik. Metropolis-Verlag, Marburg
- Becker GS (1993) Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, 2. Aufl. Mohr, Tübingen
- Gerhardt V (2012) Öffentlichkeit. C.H. Beck, München
- Glunk FR (2017) Schattenmächte. Wie transnationale Netzwerke die Regeln unserer Welt bestimmen. Originalausgabe. dtv, München
- Homann K (2014) Sollen und Können. Grenzen und Bedingungen der Individualmoral. Ibero Verl. European Univ. Press, Wien
- Kant I (2005a) Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: Immanuel Kant: Werke in sechs Bänden, IV. 6., unveränd. Aufl. Nachdr. der Ausg. Darmstadt 1964. Wiss. Buchges., Darmstadt, S 7–102
- Kant I (2005b) Zum ewigen Frieden. In: Immanuel Kant: Werke in sechs Bänden, Bd. 6. 6., unveränd. Aufl. Nachdr. der Ausg. Darmstadt 1964. Wiss. Buchges., Darmstadt, S 191–251
- Klenk V (2009) Corporate Transparency. Erfolgreich handeln im Glashaus. In: Klenk V, Hanke DJ (Hrsg) Corporate transparency. Wie Unternehmen im Glashaus-Zeitalter Wettbewerbsvorteile erzielen. FAZ-Inst. für Management- Markt- und Medieninformationen, Frankfurt am Main, S 16–41
- Lütge C (2012) Wirtschaftsethik ohne Illusionen. Ordnungstheoretische Reflexionen. Mohr Siebeck, Tübingen
- Lütge C (2014) Ethik des Wettbewerbs. Über Konkurrenz und Moral. Orig.-Ausg. Beck, München
- Rawls J (2016) Politischer Liberalismus. Unter Mitarbeit von Wilfried Hinsch, 5. Aufl. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Sandel MJ (2013) Gerechtigkeit. Wie wir das Richtige tun. Ungekürzte Ausg. Ullstein, Berlin
- Sen A (2010) Die Idee der Gerechtigkeit. Beck, München
- Sen A (2011) Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Unter Mitarbeit von Christiana Goldmann. Ungekürzte Ausg, 5. Aufl. Dt. Taschenbuch-Verl., München
- Streeck W (2016) Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, 2. Aufl. Suhrkamp, Berlin
- Suchanek A (2007) Ökonomische Ethik. 2. Aufl., neu bearb. und erw. Mohr Siebeck, Tübingen
- Thomas von Aquin (1987) Recht und Gerechtigkeit. Theologische Summe 2-2, Fragen 57–79, Nachfolgefassung v. Bd. 18 der Dt. Thomasausg. (Nur d. dt. Text). IfG-Verl.-Ges, Bonn
- Ulrich P (2008) Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. 4., vollst. neu bearb. Aufl. Haupt, Bern



Der Begriff der Ökonomik entstammt der Antike – und Aristoteles (384–322 v. Chr.) war mutmaßlich der erste, der den Begriff so in einen systematischen Zusammenhang gerückt hat, dass er das Nachdenken über das Wirtschaften bis an die Schwelle zur Neuzeit – und teilweise auch darüber hinaus – geprägt hat. Im Mittelalter hat vor allem Thomas von Aquin (1225–1274) seine Lehre vom Wirtschaften aufgegriffen und weiterentwickelt.

Das Wort Ökonomik (οἰκονομική) entstammt dem Griechischen und ist aus den Wörtern oikos (οἶκος) und nemein (νέμειν) zusammengesetzt. Oikos ist das griechische Wort für Haus, Gebäude, auch in der Bedeutung des Heims und Zuhauses, nemein das für verteilen und zuteilen (nemesis), aber auch für verwalten und ordnen. Ökonomik beschreibt also dem engen Wortsinn nach, wie ein Haus zu verwalten ist.<sup>1</sup>

Tatsächlich enthalten die überlieferten antiken Bücher zur Ökonomik Regeln für die Führung eines Haushalts – und seit dem Ende des fünften Jahrhunderts vor Christus auch solche für die ökonomische Führung der Stadt (polis, πόλις). Ihre Autoren – meist adlige Grundbesitzer und Angehörige der städtischen Eliten<sup>2</sup> – haben ihre Erfahrungen als Gutsbesitzer auf die Stadt als Haushalt im Großen übertragen – und sie nicht als andersartige Institution betrachtet, als eine Volkswirtschaft im modernen Sinne etwa.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Zoepffel legt in der Einleitung zu den pseudo-aristotelischen Oikonomika überzeugend dar, dass die in der ökonomiegeschichtlichen Literatur vielfach zitierte Zusammensetzung des Begriffs Ökonomie aus oikos und nomos (= Gesetz) auf einem Fehler Jean-Jacques Rousseaus beruht und seither ungeprüft weitergegeben wurde; vgl. Zoepffel 2009, S. 49.

<sup>2</sup>Das gilt allerdings gerade nicht für den Metöken Aristoteles aus Stageira.

<sup>3</sup>Nur vereinzelt werden „volkswirtschaftliche“ Themen angeschnitten. Sommer zitiert dafür Beispiele aus Xenophons Abhandlung über die Staatseinkünfte und aus der pseudo-aristotelischen Schrift Oikonomika; vgl. Sommer 2013, S. 70–71, 101.

Die antiken Ökonomen behandelten das Wirtschaften aus einer philosophisch-ethischen Perspektive. Sie betrieben und erlebten eine landwirtschaftlich geprägte Ökonomie, die in ihrer alltäglichen Mühe um das Lebensnotwendige einen gewichtigen Beitrag zum guten Leben leistete. Mit der Freiheit des Hausherrn und seinem politischen Engagement als Bürger verband das Wirtschaften sich zu einem Ideal der Autarkie (αὐτάρκεια), frei und unabhängig für die Seinen zu sorgen. Gerade damit setzten sie den Rahmen einer moralischen Ökonomie – und gaben ihr als ein Werkzeug zum guten Leben Sinn und Grenze.

Dieser sinnstiftende Bezug fehlte anderen Möglichkeiten, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, und demzufolge auch die gesellschaftliche Akzeptanz.<sup>4</sup> Aristoteles wurde in seiner Ablehnung der Geschäfte vor allem von Handwerkern und Händlern sehr deutlich. Er bezeichnet sie als Chrematistik (χρηματιστική), deren Zweck die grenzenlose Vergrößerung des Reichtums war und eben nicht mehr die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen. Er geißelt sie als widernatürliche Reichtumsexzesse (pleonexia, πλεονεξία) und als ein grenzenloses Mehrhabenwollen, denen moralisch Einhalt zu gebieten sei (Dierksmeier 2016, S. 36–38).

Die explizite „Anti-Chrematistik“ des Aristoteles und anderer hat die Ausbildung einer kapitalistischen Ökonomie in der Antike verhindert, auch wenn es kapitalintensive Handelsgeschäfte gab, die reiche Händler hervorbrachten (Weber 1988, S. 31–33; Gronemeyer 2007, S. 42–43). Doch beherrschten Subsistenzwirtschaft und Ablehnung des Handels die ökonomische Diskussion bis weit ins Mittelalter.

Wenngleich die christliche Lehre dem antiken ökonomischen Denken in mancherlei Hinsicht neue Prägungen gab – etwa bei der Bewertung von Eigentum und Arbeit, blieb es doch grundsätzlich bei der Orientierung der Ökonomie auf ein gutes Leben und der Ablehnung gewinnsüchtigen Erwerbsstrebens (avaritia). Insbesondere Thomas von Aquin greift Aristoteles' Ethik und Ökonomie auf. Er verbindet den Gedanken der Lebensdienlichkeit mit der Idee der Tauschgerechtigkeit (iustitia commutativa). Im Unterschied zu allen anderen Tugenden geht es dabei nicht um die sittliche Vervollkommnung eines einzelnen, sondern um die gegenseitige Achtung von Geschäftspartnern und ihren fairen Umgang miteinander (Utz 1987, S. 267–274; Dierksmeier 2016, S. 44–53). Nur unter dieser Voraussetzung sind Geschäfte mit einem ausgeglichenen gegenseitigen Nutzen möglich (communis utilitas utriusque), für Thomas Kennzeichen für deren Gerechtigkeit.

Die Haltung vor allem der kirchlichen Gesetzgeber zum Handel (usura = Wucher!) blieb ablehnend; Übertretungen waren mit erheblichen Strafen belegt – bis hin zur Exkommunikation und Verweigerung eines kirchlichen Begräbnisses. Spätestens im 12. und 13. Jahrhundert stand das kirchliche Recht allerdings im krassen Gegensatz zum Leben in den Städten, das in den Zünften die Spezialisierung der Handwerksbetriebe und Handelsgeschäfte notwendig machte.

---

<sup>4</sup>Sommer 2013, S. 94: In der „Extremvariante dieses Denkens [galt] schon jede ökonomische Aktivität, die über die autarke Eigenwirtschaft des oikos hinausging, als verdächtig“.

## 2.1 Die lebensdienliche Ökonomik des Aristoteles

### 2.1.1 Wirtschaften im Haus

Das Wirtschaften im Griechenland des vierten vorchristlichen Jahrhunderts war eng verbunden mit der vorwiegend agrarischen Lebensweise der Menschen. Die Produktion bezog sich hauptsächlich auf die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Nebengewerbe, wie etwa die Herstellung von Nahrungsmitteln und von Textilien. Diese vollzog sich auf den landwirtschaftlichen Gütern (οἶκος) mit dem Hausherrn an der Spitze, dessen vornehmste Aufgabe es war, mit den Erträgen des Gutes die Versorgung des Hauses sicher zu stellen.

#### Subsistenzwirtschaft

Die hohe Bedeutung der Landwirtschaft teilt das klassische Hellas mit allen frühen Kulturen. Schon Hesiod beschreibt im achten vorchristlichen Jahrhundert in seinem Gedicht „Werke und Tage“ (Ἔργα καὶ ἡμέραι) das Leben auf dem Land, die Notwendigkeit und Mühe der Arbeit und vor allem das Jahr des Bauern (Hesiod 1965). Er spricht vom oikos (οἶκος) als dem Lebens-, Arbeits- und Sinnmittelpunkt der Menschen, die in ihm leben.

Zu einem oikos gehörten dabei neben der Kernfamilie aus dem Hausherrn, seiner Frau und seinen Kindern weitere Personen, vor allem Sklaven, die zusammenlebten zum Zweck der Bebauung des Landes, der Erhaltung und Erweiterung des Eigentums und der Verwendung der Erträge, um ein gutes Leben zu führen (vgl. Sommer 2013, S. 80). Die griechischen Autoren, auch Aristoteles im ersten Buch der Politik, stellten immer wieder ausführlich dar, dass dieses Zusammenleben in der „Natur der Sache“ liegt (Aristoteles 2012, I 2, S. 5).

Besitz und Eigentum waren in der griechischen Gesellschaft – anders als die Arbeit, die eines Bürgers unwürdig ist – nicht negativ konnotiert. Als notwendige Voraussetzung, ein gutes Leben zu führen, waren sie einerseits Basis für die Versorgung des Hauses. Der Grundsatz, dass Eigentum verpflichtet, verlangte von den Grundbesitzern andererseits namhafte Opfer: der Staat erwartete sogenannte Liturgien, die zunächst freiwillige Spenden zur Finanzierung liturgischer Zeremonien oder militärischer Aufgaben waren, bei zunehmender Finanznot des Staates später als Pflichtsteuer auf Vermögen, nicht auf Einkünfte erhoben wurden (vgl. Gronemeyer 2007, S. 72).

Die tragende Rolle der Landwirtschaft für das klassische Griechenland anerkennen auch modernistische Interpreten der Ökonomie des vierten vorchristlichen Jahrhunderts, die dieser einen namhaften Anteil kapitalbasierter Geschäfte unterstellen. Im klassischen Griechenland verdienten „weite Teile der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt ... nach wie vor im primären Sektor“ (Gronemeyer 2007, S. 39). Dabei waren landwirtschaftliche Güter auf der Halbinsel Attika selten größer als zehn Hektar und reichten damit gerade aus, die Bewohner des Hauses zu ernähren (vgl. Sommer 2013, S. 74; Gronemeyer 2007, S. 39–40); Betriebe mit einer Agrarfläche von mehr als fünfzig Hektar waren dagegen eher selten (vgl. Gronemeyer 2007, S. 40; Weber 1988, S. 137).